

**Regionalbüro Elisabeth Schroedter, MdEP**  
Grüne/EFA Fraktion im Europäischen Parlament  
Unter den Linden 50 \* Post: Platz der Republik 1  
D-11011 Berlin  
fon: 030-227 71508 \* fax: 030-227 76513  
**BürgerInnenbüro:** Jägerstraße 18, D-14467 Potsdam



Den  
Bürger und Bürgerinnen  
der Europäischen Bürgerforen  
in  
Mönchengladbach

Parlement Européen  
ASP 08 G 310, Rue Wiertz  
B-1047 Bruxelles  
fon: 0032-2-284-5234  
fax: 0032-2-284-9234

*in den Plenarwochen:*  
Parlement Européen  
LOW T05133  
Allée du Printemps  
F-67070 Strasbourg  
fon: 0033-388-17-5234  
fax: 0033-388-17-9234

e-mail:  
eschroedter@europarl.europa.eu  
<http://www.elisabeth-schroedter.de>

Berlin/Potsdam, den 11.01.2009

## **Betr.: Ihre Bürgererklärung zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas**

Liebe Bürger, liebe Bürgerinnen

Ihr Engagement für europäische Politik finde ich großartig. Als jahrelange Streiterin für mehr öffentliches Bewusstsein für europäische Politik weiß ich es zu schätzen, dass Sie sich in Ihrem stressigen Alltag Zeit nehmen und sich die Mühe machen, sich in diese nicht so einfache und wenig populäre Politikebene einzumischen. Auch in meiner Stadt Potsdam gab es ein solches Bürgerforum. Dem hatte ich bereits zum Start mit einem Grußwort meine Unterstützung angeboten.

Ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie mir Ihre Gesprächsergebnisse über den bündnisgrünen Landtagsabgeordneten Oliver Keymis zu kommen ließen.

Als Mitglied des Beschäftigungs- und Sozialausschusses kämpfe ich täglich für ein sozialeres Europa. Obwohl wir Grünen zu den kleinen Fraktionen gehören, konnte ich eine Menge erreichen, zum Beispiel haben wir durch meinen Bericht einen Beschluss im Parlament herbeigeführt, der die Versuche der Kommission zurückweist, die scharfen Kontrollen der Mitgliedstaaten in Sachen Sozialdumping auf Baustellen, so nicht mehr zu erlauben. Das wäre der Freibrief für Sozialdumping gewesen. Nach meiner Meinung darf Europa nicht nur ein Europa der Wirtschaftseliten sein, sondern muss auch ein Europa der Arbeitnehmer/innen sein.

Der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einem „Sozialen Europa“ wird immer lauter. Doch der Strauß der Hoffnungen, den sie damit verbinden ist sehr unterschiedlich. Viele erhoffen sich, dass Fehlentscheidungen in den Mitgliedstaaten damit kompensiert werden. Andere wünschen eine soziale Gestaltung des rein ökonomisch ausgerichteten Binnenmarktes. Sozialpolitik fällt derzeit in die gemeinsame Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft und der Mitgliedsstaaten. Nur im arbeitsrechtlichen Bereich gibt es Richtlinien, die auf das

Sozialprotokoll fußen, das seit Amsterdam 1997 integraler Bestandteil des Vertrages ist. Regelungen der Sozialleistungen und -systeme basieren allein auf einer gegenseitigen Anerkennung der Mitgliedstaaten. Dominiert wird die europäische Sozialpolitik von der Offenen Koordinierungsmethode (OMK). Es werden von den Mitgliedsstaaten gemeinsame Zielvereinbarungen und Leitlinien festgelegt, welche nationalstaatlich umgesetzt werden sollen. Anders als bei der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gibt es jedoch keinen Sanktionsmechanismus. Das muss sich ändern. Wir Grünen fordern deswegen einen Sozialpakt, in dem verbindliche Vereinbarungen zu Ziele im Bereich von Armutsbekämpfung, Kinderbetreuung, Bildung, Chancengleichheit von Frauen, Erwerbsquote für Frauen, fairen Zugang für Ältere zu Bildung und Arbeit, Integration von Migrant/innen in den Arbeitsmarkt u.a. festlegt und der auch Sanktionen für die Mitgliedstaaten vorsieht, die sich nicht daran halten. Das entspricht wesentlich Ihren Forderungen nach gemeinsamen sozialen Standards.

Das Europäische Sozialmodell steht noch ganz am Anfang. Welche anderen Grundprinzipien könnte ein Europäisches Sozialmodell umschreiben? Ich denke hier vor allem an soziale Rechte, an einen uneingeschränkten Zugang zu Arbeit, soziale Sicherheit, Aus- und Weiterbildung oder an eine Gesundheitsversorgung und den Leistungen der Daseinsvorsorge als universelle Garantie für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auch hier treffen sich unsere Vorstellungen.

Ich bin eine große Verfechterin eines sozialen Europas, das ein Gleichgewicht zum Binnenmarkt herstellt und das auf sozialen Rechten und Pflichten, sozialen und demokratischen Grundprinzipien, auf Mindeststandards, dem Sozialdialog, dem Recht auf Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen und einer solidarischen Verteilung der finanziellen Last eines solchen Systems basiert. Das System sollte jedoch die verschiedenen nationalstaatlichen Traditionen der Sozialsysteme berücksichtigen.

Viele Ihrer Forderungen zur Integration von Migrant/innen wären bereits jetzt umsetzbar. Wir Grüne haben im Jahr 2006 bei der Reform des Europäischen Sozialfonds (ESF) darauf gedrängt, dass die von Ihnen genannten Maßnahmen förderbar sind. Nordrhein-Westfalen bekommt aus dem ESF Fördermittel. Die Landesregierung könnte sie dafür einsetzen, wenn sie sich politisch dafür entscheidet. Einiges wird m.E. nach da auch schon getan. Ihre Forderungen zeigen, dass wesentlich mehr getan werden könnte.

Ich würde mich freuen, wenn das Bürgerforum in Mönchengladbach nicht mit der Erklärung beendet ist, sondern seine Aktivitäten weiter führt und sich vertieft dem Sozialen Europa oder auch neuen Themen europäischer Politik widmet.

Mit freundlichen Grüßen



Elisabeth Schroedter, MdEP